

Erklärung der Fraktion Marburger Linke zum Koalitionsvertrag zwischen SPD und Bündnis90/Die Grünen in der Stadt Marburg

Marburg, den 26. August 2011

SPD und Grüne stellen seit vielen Jahren die regierende Koalition in Marburg. Nun scheint, als sei nach 15 Jahren Ehe die Luft raus. Vaupel, Kahle, Perabo, Göttling, Severin und Weinbach waren die ganze Zeit dabei. Im März wurden OB Vaupel und die Koalition mit großer Mehrheit wiedergewählt. Wer glaubte, die Konflikte zwischen den Koalitionspartnern würden durch das Wahlergebnis befriedet, sah sich getäuscht. Im Gegenteil. Die Koalitionskrise setzt sich verstärkt fort - inhaltliche Querelen, personelle Unentschiedenheit, Stillstand. Inzwischen gelangte der Entwurf eines Koalitionsvertrages nach quälend langen Verhandlungen ans Tageslicht. Nicht etwa gemeinsam der Öffentlichkeit vorgestellt, sondern getrennt ins Netz gestellt. Der Berg kreißte und gebar eine Maus – alte Hüte und da, wo es interessant wird, blutleere Formelkompromisse, die vieles offen lassen.

Der Text der Koalitionsvereinbarung ist geprägt von allgemeinen Absichtserklärungen und der Wiederholung jahrelang nicht eingehaltener Versprechungen aus früheren Koalitionsvereinbarungen. Feste zeitliche Zusagen, einen konkreten finanziellen Rahmen oder gar Aussagen zu neuen Planstellen, die die Umsetzung der Vorhaben erst ermöglichen würden, sucht man weitgehend vergebens.

Einer der wenigen inhaltliche Lichtblicke ist der Mindestlohn von 8,50 Euro, wobei auch da noch Luft nach oben. Leider ist keinerlei Absicht formuliert, die zunehmende Zahl von prekären Beschäftigungsverhältnissen bei der Stadt und ihren Gesellschaften in vollwertige Arbeitsverhältnisse umzuwandeln. Lächerliche zwei Stellen jährlich sollen der Jugendarbeitslosigkeit begegnen. Die vom grünen Dezernenten Kahle aufgelöste Beratungsstelle der Stadt für arbeitslose Jugendliche wird nicht wieder aktiviert werden.

Die Abschnitte „Umwelt und Energie“ sowie „Klimaschutz“ sind bemerkenswert unterambitioniert und benennen nur zwei konkrete Ziele. Zum einen wird festgeschrieben, dass auf der Gemarkung der Stadt Marburg 12 neue Windkraftanlagen (WKA) entstehen werden und dass der private Stromverbrauch in Marburg zu zwei Dritteln von in Marburg erzeugtem Strom gedeckt werden soll. Bei den Windrädern darf man darauf gespannt sein, wie stark der Gegenwind der SPD-Basis werden wird. Bei der Zielvorgabe für den privaten Stromverbrauch fehlt die Zeitangabe, um beurteilen zu können, wie sinnvoll dieses Vorhaben ist. Die anderen 13 Punkte in diesen beiden Kapiteln benennen und beschreiben, bei Licht betrachtet, Selbstverständlichkeiten in Zeiten der Energiewende.

Seltsam und widersprüchlich mutet der Passus an, dass die Stadtwerke und ihre Tochtergesellschaften zwar „vorrangig die Erzeugung und Verbreitung von Energie in Marburg sicherstellen sollen“, aber die Entwicklung der Windparks am Görzhäuser Hof und am Lichten Küppel die Stadtplanung übernehmen soll. Die Koalitionäre scheinen wenig Zutrauen zu den eigenen Stadtwerken zu haben, sonst würden sie, wie in

anderen Städten, die Stadtwerke viel stärker mit konkreten Zielvorgaben in die Planung der Energiewende einbinden.

Beachtenswert ist in der Koalitionsvereinbarung weiterhin, dass der Maßnahmenkatalog des „Klimabündnisses“, Marburg ist dort auf Betreiben der Marburger Linken seit einigen Jahren Mitglied, nicht einmal erwähnt wird. Das Klimaschutzkonzept, immerhin 180 000 Euro teuer, wird nur beiläufig bei der Reduktion der CO₂-Emissionen in Marburg genannt.

Auch in den beiden Kapiteln „Umwelt und Energie“ sowie „Klimaschutz“ fällt auf, dass zahlreiche, durchaus sinnvolle Einzelmaßnahmen verwirklicht werden sollen, aber ein durchdachter Plan wird dahinter nicht sichtbar. Und es wird nicht sichtbar, mit welchem Personal und in welcher Organisationsform die Vorhaben umgesetzt werden sollen. Außer bei den Aufgaben, die von der GeWoBau oder den Stadtwerken übernommen werden sollen. Klimaschutz und Energiewende sind nicht zum Nulltarif zu haben. Wie die Koalition ihre Vorhaben finanziell und personell umsetzen will, geht aus dem Koalitionsvertrag nicht hervor.

Nach der Zerstörung preiswerter Wohnungen in der Nordstadt zugunsten der Bauprojekte Pohls will die Koalition jetzt neuen Wohnraum schaffen. Wo und bis wann bleibt wieder im Unklaren. Eine Wohnungsbörse soll es richten. Das ist eine sehr dürftige Antwort auf die längst absehbare, deutliche Erhöhung der Zahl der Studierenden und damit Wohnungssuchenden. Dazu passt, dass das Waldtal überhaupt nicht, das Nordviertel und der Richtsberg mit ihren Wohnproblemen nur am Rande vorkommen, dafür aber die „Errichtung von Insekten- und Schwalbennesterhotels“. Das Kapitel Familienförderung enthält ausschließlich Allgemeinplätze.

In der Altenpolitik sollen zunächst weitere Befragungen durchgeführt werden und prinzipiell auf dezentrale Wohnformen orientiert werden. Soweit so gut. Aber auch hier bleibt der zentrale Streitpunkt ausgeklammert, wo, wie genau und mit welchen Finanzmitteln diese gefördert werden sollen. Ein neuer Altenhilfeplan ist wohl auch nicht vorgesehen.

Barrierefreiheit wird zurecht proklamiert, ebenfalls ohne konkrete Festlegungen was bis wann passieren soll. So wurde zum Beispiel bereits 2004 der Magistrat von der StVV auf Antrag der Marburger Linken beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Bahn die Zugänge zu den Gleisen am Südbahnhof barrierefrei zu gestalten. Passiert ist bis heute nichts. Steht aber als Vorhaben im neuen Koalitionsvertrag.

Der Stadtpass soll jährlich an die Lebenshaltungskosten angepasst werden, ein Fortschritt, aber die dringend notwendigen Ausweitungen der Leistungen sind nicht vorgesehen. Das war's im Bereich Soziales, auch keine verstärkte Förderung der Gemeinwesenarbeit trotz zunehmender Probleme. Anstatt wie parlamentarisch beschlossen, endlich die Schaffung der Stelle eines Sozialplaners anzugehen, wird dies weiterhin verschleppt.

Im Bereich Gesundheit erfährt die Öffentlichkeit viel über gute Ernährung aber kein Wort zu den Verschlechterungen in der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung durch die Überführung der Unikliniken in ein profitorientiertes börsennotiertes Unternehmen, so als ginge das die Kommunalpolitik nichts an. Stattdessen wird das Hohe Lied des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorts Marburg angestimmt, dem der „Gesamtkonzern Marburg“ zu Diensten ist und die Stadt als „herausragender Standort für Medizin und Gesundheitstechnik“ gefeiert - ganz so, als gäbe es das Desaster der Partikeltherapie nicht, als müssten nicht Kassenpatienten auf einen 5 Minutetermin beim Orthopäden oder Hautarzt Monate warten und als könnten sich alle Marburger Hartz-IV-EmpfängerInnen erforderlichen Zahnersatz leisten. Nebenbei bemerkt: In einem „Konzern“ hätten die Verantwortlichen sich längst strafbar gemacht, da die Stadt bis heute noch keinen Jahresabschluss für das Jahr 2009 vorgelegt hat.

Die Empfehlungen des Sportentwicklungsplans wie die Defizite im Sporthallen und Schwimmbereich behoben werden können, werden nicht umgesetzt. Stattdessen wird vage die Ausweitung des Bewegungsraums im öffentlichen Raum versprochen. Wobei nicht eine Ausweitung der Mittel geplant ist, sondern eine intensivere Kontrolle der Verwendung städtischer Zuschüsse erfolgen soll.

Für die Kulturförderung wird, wie von OB Vaupel bereits vor Jahren versprochenen, aufgeschrieben, dass fünf Prozent des städtischen Haushaltes zur Verfügung stehen sollen. Jahr für Jahr wird dieses Ziel sehr, sehr deutlich unterschritten und mit welchen Ansätzen das jetzt erreicht werden soll, bleibt wieder unklar. Kein Wort zur Forderung der Marburger Linken nach einem Stadtmuseum, obwohl sich OB Vaupel dem im Wahlkampf anschloss.

Weiterhin keine übergreifende Stadtplanung, aber Stärkung des grünen Lieblingskindes, des per Satzung intransparent arbeitenden Beirats für Stadtgestaltung, in dem Interessenvertreter eine große Rolle spielen. Weiterhin keine konkreten Schritte zur Ausweitung der Bürgerinnenbeteiligung und erkennbare Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit IG MARSS usw. Die Möglichkeiten von Bürgereingaben, in den parlamentarischen Prozess der StVV soll „geprüft“ werden, als gäbe es nicht bereits diese Möglichkeit in der Geschäftsordnung der StVV. Innovative Formen der Bürgerbeteiligung wie Bürgerpaneel oder Bürgergutachten/Planungszelle sucht man in dem Koalitionsvertrag vergebens.

Hingegen lange Ausführungen zur Förderung des Ehrenamts, Nicht selten ersetzt dies professionelle Hauptamtlichkeit, weil die Verantwortlichen keine ausreichenden Finanzmittel bereitstellen. Nicht nur an dieser Stelle zeigt sich die deutliche Handschrift der neuen Liberalen: Die Grünen.

Der Teil zur Verkehrspolitik verdeutlicht erneut, dass Rot/Grün eine grundlegende Wende in der Marburger Verkehrspolitik nicht hinbekommt. Qualitative Verbesserungen für die schwächeren Verkehrsteilnehmer, die Zurückdrängung des individuellen PKW-Verkehrs, eine deutlich höheren Attraktivität des ÖPNV, all dies wird zwar proklamiert, aber nicht wirklich ziel- und erfolgsorientiert untermauert.

Zu loben ist die flächendeckende Einführung von Tempo30, allerdings bleibt das Vorhaben halbherzig, wenn es nicht mit baulichen Veränderungen im Straßenraum (Schwellen, Verengungen usw.) und häufigen Geschwindigkeitskontrollen unterlegt wird.

Tempo 80/60 auf der Stadtautobahn wird gefordert ohne einen einzigen Schritt zu benennen, wie der Widerstand des RP dagegen zu brechen ist, dito Mautpflicht. Die durchgehende Lärmschutzwand steht im Forderungskatalog, ohne dass ein Zeithorizont angegeben wird, innerhalb dessen diese gebaut werden soll

Bei der Öffnung der Elisabethstraße für schwächere Verkehrsteilnehmer (Sperrung für PKW) hat die Koalition ein massives Glaubwürdigkeitsproblem. Versprochen ist die Maßnahme seit einem Jahrzehnt, realisiert wurde nur die PKW-gerechte Umgestaltung des Umfeldes der Elisabethkirche.

Nachdem etliche Jahre die Mittel für das Friedhofs- und Gartenamt unter BM Kahle besonders deutlich gekürzt wurden, soll nun die Landesgartenschau nach Marburg geholt werden. Die Marburger Linke lehnt dies ab.

Obwohl OB Vaupel immer wieder stolz auf die hohe Zahl von Parkplätzen in der Marburger Innenstadt verweist, und unter Rot/Grün weitere Parkhäuser gebaut oder luxussaniert wurden (Pilgrimstein), soll jetzt noch der Parkplatz am Gaswerksgelände ausgebaut werden. Trotz der Leerstände im bestehenden Angebot.

Die Verkehrsoptimierung in der Biegenstraße und die geplante Entwicklung des Außenbereichs zwischen Stadthalle und Campus können als Schritte in die richtige verkehrspolitische Richtung gewertet werden. Neue Parkhäuser hier werden allerdings nicht ausgeschlossen. Eine klare Planungsorientierung mit Vorrang auf Fuß- und Radverkehr, die sich gerade im Campus anbietet, wird vermisst. Wie sich neue Verkaufsflächen im Bereich Allianzhaus auf die Verkehrsbeziehungen auswirken wird ausgeblendet.

Gefederte und mit funktionierenden Klimaanlage ausgestattete Busse, ordentlich bezahlten BusfahrerInnen, Digitalanzeigen an den Haltestellen, kürzere Taktzeiten, keine Ausdünnung in den Abendstunden und an Wochenenden, zusätzliche Busse da, wo sie überfüllt sind und ein Ausstieg aus der Hochpreispolitik sind ebenso wenig vorgesehen, wie deutlich mehr zusätzliche Querungsmöglichkeiten insbesondere auf der Hauptachse durch die Innenstadt. Diese wurde gerade in den letzten Jahren so aufwendig renoviert – der ganze Stolz des OB – , dass viele Autofahrer in den Abendstunden mit stark und sehr stark überhöhter Geschwindigkeit rasen können, ohne durch Geschwindigkeitskontrollen, wie etwa in Münchhausen, belästigt zu werden.

Sämtliche Stichwörter zur Verbesserung der Situation von Fußgängern und Radfahrern, die akribisch aufgezählt und wie aus dem Programm der Marburger Linken oder des

ADFC abgeschrieben wirken, stehen unter Prüfvorbehalt, haben keine zeitliche Festlegung für ihre Umsetzung oder konkrete Finanzierungszusagen.

Die Marburger Linke wird den Koalitionsvertrag so schnell nicht zur Seite legen. Die Fraktion wird alle Vorhaben unterstützen, die eine Verbesserung der Lebensverhältnisse für eine Mehrheit der Menschen in dieser Stadt hervorbringen. Unabhängig davon, wer der geistige Urheber dieses Vorhabens ist. Zudem wird die Fraktion in den Haushaltsberatungen darauf dringen, die finanziellen Voraussetzungen für die Umsetzung zu schaffen. Die Fraktion wird nicht zögern, Vorhaben und Versprechungen des Koalitionsvertrages als eigene Anträge in die StVV einzubringen, sollten die Koalitionäre so schleppend und zögernd, wie in der Vergangenheit agieren. Dann wird sich zeigen, ob der Koalitionsvertrag das Papier wert sind, auf dem er steht oder ob er das Schicksal seiner Vorgänger erleidet. Schöne Worte, leere Versprechungen, wenig Handlung, Verwaltung des Mangels und Kulisse des Machterhalts.